

Hinter den gelöschten SMS offenbart sich eine weit größere Dimension

Stand: 15.01.2020 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Christian Schweppe**
Redakteur „Investigation und Reportage“



Der Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre wird keinen Zugang mehr auf die SMS-Kommunikation von Ex-Verteidigungsministerin von der Leyen bekommen

Quelle: dpa-infocom GmbH

Ursula von der Leyen hat eigenmächtig Kurznachrichten von mindestens einem Diensthandy aus ihrer Ministerzeit entfernt. Wie wichtig diese waren, kann der Untersuchungsausschuss nun nicht mehr herausfinden. Die Causa von der Leyen ist kein Einzelfall.

Zwei gelöschte Blackberry Z30 und gleich mehrere Versionen davon, was wirklich mit ihnen passiert sein soll: Das ist der Stoff, der Bundestag und Verteidigungspolitiker in Berlin arg auf Trab hält oder schlicht maßlos ärgert. Je nachdem, auf welcher Seite man sitzt. Die einen verteidigen eine Ex-Ministerin, deren Daten nicht mehr vorhanden sind. Die anderen wollen härtere Gesetze, um auch Kurznachrichten von Regierungsmitgliedern im Zweifel beschlagnahmen zu können.

Fakt ist: Dienstliche Handyspeicher der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sind gelöscht worden. Womöglich wichtige

Informationen über ihre Amtszeit sind damit ziemlich sicher verloren gegangen. Brisant macht den Vorgang die Art und Weise, wie es überhaupt dazu gekommen war: Denn offenbar konnte die Ex-Verteidigungsministerin und jetzige EU-Kommissionschefin selbst entscheiden, ob sie SMS und Kurznachrichten löschenwollte oder nicht.

Für die Abgeordneten im Bundestag, die im Untersuchungsausschuss sitzen, der von der Leyen direkt betrifft, ist genau das ein Problem. Es geht dabei um die parlamentarische Aufarbeitung der Berateraffäre des Verteidigungsministeriums. Unter Ursula von der Leyen wurden Millionen Euro in Dienstleistungen externer Beraterfirmen investiert – teilweise entgegen geltendem Vergaberecht. Gleichzeitig pflegten Berater enge Beziehungen in die Ministeriumsspitze, während ihre Firmen teils lukrative Aufträge erhielten. Ob das alles korrekt und rechtens war, muss dringend geklärt werden.

Gut möglich, dass die Affäre sogar die Staatsanwaltschaft beschäftigen wird.

Gelöschte Regierungs-SMS als heimliche Praxis

Die Sicherung möglicher Beweismittel ist in diesem Zusammenhang von höchster Bedeutung – doch ausgerechnet im Verteidigungsministerium war das zuletzt immer wieder ein Problem: Akten wurden geschwärzt, zentrale Zeugen litten an erheblichen Erinnerungslücken.

Und seit Weihnachten müssen sich die Abgeordneten mit der Affäre in der Affäre auseinandersetzen: mit jenen gelöschten Blackberrys der ehemaligen Ministerin. Der Vorgang erfährt seitdem große Aufmerksamkeit. Der Grünen-Abgeordnete Tobias Lindner etwa hat sogar Strafanzeige wegen des möglichen Vernichtens von Beweismitteln gestellt.

Von der Leyens Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte eine Prüfung angeordnet und einen Bericht erstellt. Im Ergebnis musste das Ministerium einräumen, dass auf den zwei Mobiltelefonen keine Daten mehr

zu finden sind. In dem Bericht legt das Ministerium dar, dass von der Leyens erstes Handy (benutzt von Dezember 2013 bis August 2019) von dem zuständigen Referat des Wehrressorts komplett gelöscht worden ist. Auf von der Leyens zweitem Mobiltelefon (benutzt von Januar 2019 bis Oktober 2019) waren nach Rückgabe durch die Ministerin keine Textnachrichten gespeichert gewesen.

Die politische Analyse dieses Befundes gestaltet sich komplex. Unbestritten ist, dass der Untersuchungsausschuss die Sicherstellung jener Handydaten als Beweismittel beantragt hatte. Das Ministerium hatte daraufhin intern gar die Weisung erteilt, dass auch SMS-Verkehr, der den Untersuchungsgegenstand betrifft, vorzulegen sei.

Genau hier liegt nun das Problem: Die Prüfung, ob auf den zwei Telefonen entsprechende Beweismittel vorhanden waren, durfte die ehemalige Ministerin selbst wahrnehmen. Die Geräte sind laut Bericht „durch sie nach bestem Wissen und Gewissen geprüft worden“. Ergebnis: Nicht eine einzige SMS soll relevant gewesen sein.

Naivität oder Absicht?

Bei der weiteren Bewertung gibt es unter Politikern und Experten inzwischen zwei maßgebliche Lesarten: Entweder war das Löschen eigener Nachrichten von der Ministerin schlichtweg naiv. Ursula von der Leyen hätte dann die Relevanz der Kurznachrichten unterschätzt, auch in der öffentlichen Wahrnehmung.

Oder aber das Löschen wäre absichtlich geschehen. In diesem Fall müsste man wohl davon sprechen, dass dem Parlament und der Öffentlichkeit Informationen bewusst verborgen bleiben sollten. Das wäre ein schwerer Vorwurf.

Klar scheint: Beide Varianten lassen die ehemalige Oberbefehlshaberin nicht gut aussehen. Das findet auch Arne Semsrott, Leiter des Transparenzportals

„FragDenStaat“: „Es stand ihr nicht zu, einfach zu löschen. Vor dem Hintergrund des laufenden Ausschusses ist das hochproblematisch.“ Offensichtlich gebe es ein strittiges Verständnis davon, wie relevant dienstliche Kurznachrichten auf Handys auch für Mitglieder der Bundesregierung seien.

Es ist tatsächlich nicht das erste Mal, dass über den Umgang mit digitaler Kommunikation von Kabinettsmitgliedern gestritten wird. Auch die Kanzlerin selbst nutzt Kurznachrichten – Regieren per SMS. Und oft ohne Spuren. Denn häufig werden SMS nie in offizielle Akten übernommen, auch nicht als Vermerk.

Bleibt das aus, landen Kurznachrichten wiederum auch nicht in Archiven. Dieses wird es künftigen Generationen schwieriger machen, wichtige Momente des deutschen Regierungshandelns später transparent nachvollziehen zu können.

Hinter den verlorenen SMS der ehemaligen Verteidigungsministerin und den zwei ominösen Blackberry-Geräten offenbart sich so eine größere Dimension – denn nicht nur dem Untersuchungsausschuss bleiben Informationen vorenthalten. Sobald sie für die inhaltliche Bearbeitung eines Verwaltungsvorgangs relevant sind, müssen sie eigentlich veraktet werden. Im Fall von der Leyen lässt sich das nun nicht mehr überprüfen.

Historiker und Archivare sind verärgert

Auch Archivare und Historiker sind erbost. Ralf Jacob, Vorsitzender des Bundesverbands deutscher Archivare, findet, dass die Causa von der Leyen keineswegs ein Einzelfall sei. Wenn Kommunikation immer digitaler werde, sei es auch für Archive eine Herausforderung, Informationen zu sichern. „Es gibt da etwas Klassisches – den Aktenvermerk.“

Der Präsident des Bundesarchivs, Michael Hollmann, wies gegenüber WELT darauf hin, dass das gesamte Regierungshandeln verlässlich zu sichern sei.

„Auf den aktuellen Fall blicke ich mit Enttäuschung.“ Sollte durch die Löschung relevante Kommunikation der Ministerin verloren gegangen sein, widerspräche dies dem Transparenzgebot und „würde gegen fundamentale Grundsätze von Regierung und Verwaltung verstoßen“.

Relevante Kurznachrichten müssten im Prinzip ausgedruckt und abgeheftet werden. Das passiert aber nur sehr selten: Als WELT AM SONNTAG vor zwei Jahren nachfragte, wie viele SMS der Kanzlerin ans Bundesarchiv im Originalwortlaut herausgegeben wurden, war die Antwort des Bundesarchivs: null.

Im Verteidigungsministerium ist man sich keiner Schuld bewusst, eine Pflicht zur generellen Archivierung von SMS gebe es nicht. Dienstlich gestellte Mobiltelefone würden nach Rückgabe „ohne Speicherung der SMS zurückgesetzt“. In den Fraktionen des Bundestags ist der Ärger derweil groß. Matthias Höhn (Die Linke) sagte: „Der Bericht des Ministeriums überzeugt nicht. Im besten Fall war es Schlamperei. Im schlimmsten Fall der bewusste Versuch, dem Untersuchungsausschuss Beweise vorzuenthalten.“

„Akten leichter beschlagnahmen“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) findet: „Das Ministerium redet sich im Prüfbericht der neuen Ministerin raus.“ Sollte man weiter die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss torpedieren, „kann man auch vor dem Bundesverfassungsgericht landen“, sagte sie und verwies auf das geltende Untersuchungsausschussgesetz (PUAG).

Genau das geht einigen nicht weit genug, etwa dem SPD-Abgeordneten Dennis Rohde, der selbst Jurist ist. Er forderte gegenüber WELT eine Novelle des Gesetzes. „Wir geraten derzeit an die Grenzen geltenden Rechtes. Künftige Untersuchungsausschüsse sollten es einfacher haben, Akten selbst beschlagnahmen zu können.“ Bisher ist das nicht möglich.

Die juristischen Bewertungen, ob Ursula von der Leyen mit ihrer Löschung einen Rechtsbruch begangen haben könnte, gehen auseinander, Rohde äußerte sich hier zurückhaltend. Zu den allumfassend gelöschten SMS der Ursula von der Leyen sagte er aber: „Unter all den SMS der Ministerin soll auch nicht bloß eine mit Beratern zu tun gehabt haben. Ich finde, dazu muss sich jeder selbst eine Meinung bilden.“